

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 16

Artikel: "Droht uns nicht mit den Russen" : Polen antworteten auf eine ZB-Frage
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094479>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Und die Abfälle werden auch immer mieser.»
(«Szpilki», Warschau, 29. 7. 1981)

«Droht uns nicht mit den Russen»

Polen antworteten auf eine ZB-Frage

Wird unser Hunger nicht gestillt, dann lassen wir ihn laut werden. Nach diesem Motto haben die Auseinandersetzungen in Polen ihren weiteren Gang genommen, indes die Regierung vor dem «Ende» warnte, das sie nicht gut bei seinem invasorischen Namen nennen darf.

Der Parteikongress zuvor hatte ja keine Zäsur bedeutet, weil er sich nur personellen, nicht aber inhaltlichen Erneuerungen hingeben durfte. Die Feststellung, dass die gehabte Problematik weiter zu haben ist (siehe letzte Nummer), hat sich rasch genug bestätigt.

Demonstrationen gegen Lebensmittelmangel, Verhandlungsrunden zwischen Solidarnosc und Behörden, Warnungen vor «unberechenbaren Entwicklungen»: Die Umstände lassen eine Aenderung des Systems nicht zu, und das System lässt die Sanierung der Verhältnisse nicht zu.

Im Land fehlt es nachgerade an allem. Nach den Nahrungsmitteln rationiert man demnächst

auch die Waschmittel. Toilettenpapier und Seife sind Luxuswaren geworden. Es gibt zu wenig Zeitungen; sogar die parteiamtliche «Trybuna Ludu» ist jeweils gleich ausverkauft.

Die Rationierung der Hauptnahrungsmittel wie Fleisch und Zucker war gut gemeint, aber sie erweist sich als Halbmassnahme, die das Problem eher verschoben als vermindert hat. Der Kampf gegen die Krise muss auf den Feldern geführt werden, in den Produktionsbetrieben und im Verteilungssystem. Hinter dem Mangel an Fleisch und Mehl steht der Mangel an Düngemitteln, Landwirtschaftsmaschinen, Futter und Transportmitteln.

Reformen sind versprochen, aber gleichzeitig oben unerwünscht. Es ist nicht behelflich, versagende Parteibosse durch parteigenehme Offiziere zu ersetzen (was jetzt die Mode ist), wenn es Manager braucht.

Die einzige wirtschaftliche «Erneuerung», die sich die Partei hat einfallen lassen, besteht darin, die Preise für Konsumgüter des Grundbedarfs um 150 bis 400 Prozent zu erhöhen. Nichts dagegen, wenn das Bestandteil einer Neuordnung von Preis- und Wirtschaftssystem ist, aber für eine dekretierte Aushilfsmassnahme hat das Volk keinen Sinn. Wir unten müssen es wieder zahlen, sagen die Leute. Und sie ziehen die Parallele zu den unerfüllten Reformversprechen von 1956, 1970 und 1976.

Womit sie objektiv Unrecht haben. Denn damals gab es keine selbständig organisierte Arbeiter-, Bauern- und Studentenschaft wie heute.

Die Gewerkschaften sind mit Preiserhöhungen und mit einer Straffung des Verteilungssystems durchaus einverstanden, aber unter der Bedingung, dass diese Elemente in ein gesamthafes Reformprogramm eingebettet sind. Die Hauptforderungen richten sich auf einen Demokratisierungsprozess im Wirtschaftsapparat. Weniger Bürokratie und mehr Initiative, auch von unten.

Der stellvertretende Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski hat vor den Folgen «unmässiger» Begehren gewarnt. Anscheinend nicht ohne Grund. Aber ohne Erfolg.

Tatsächlich ist die Sowjetflotte in noch nie gekannter massiver Konzentration in der Ostsee

aufgefahren. Die baltische Flotte hat Zuzug aus den Sowjetflotten im Mittelmeer und im Pazifik erhalten. Grosse Flugzeugträger sind ebenso dabei wie Landungsschiffe; einige Einheiten sind atomar ausgerüstet.

Das ist eine Drohung der Sowjetunion. Aber die Bevölkerung in Polen sagt es anders, wenn man ihr in eindeutigen Andeutungen von Regierungsseite aus davon spricht. Sie sagt: Man droht uns mit der Sowjetunion, aber wir lassen uns damit nicht erpressen.

Wir haben einen Gewährsmann in Polen nach den Gründen für diese Einstellung fragen lassen. Hier ein paar gruppierte Antworten:

- Die in Polen stationierten Sowjetstreitkräfte haben uns militärisch ohnehin völlig im Griff. Das wissen die Russen (der auch in Polen gebräuchliche Pars pro toto) genausogut wie wir. Wir werden uns also nicht wegen aufkruzender Schiffe von unsern Forderungen ablenken lassen; sonst spielen wir das sowjetische Spiel.

- Die Russen wollen die Macht mit polnischen Händen ergreifen. Für sie kommt es darauf an, ihre Leute aus Sicherheitsdienst und Militär in Stellung zu bringen. Darauf müssen wir mehr aufpassen als auf die Divisionen an der Grenze.

- Es gibt die Möglichkeit, dass unsere eigene Parteiführung unter dem Vorwand des dringend nötigen Kampfes gegen die Spekulanten das Militär als innenpolitische Ordnungskraft einführt, unser eigenes Militär, das plötzlich unvermerkt die sowjetischen Wünsche erfüllen würde. So und ähnlich sieht die Sowjetintervention aus, die wir am meisten befürchten, und deshalb dürfen wir innenpolitisch nicht der Drohung nachgeben, dass «sonst die Russen kommen». Sie kommen, wenn wir weichen.

... oder sie kommen *anders*, wenn die Polen so weitermachen. Auf jeden Fall geben die polnischen Antworten (aus Kreisen von «Solidarnosc») einigen Stoff zum Nachdenken. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 39.- jährlich (Ausland Fr./DM 42.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 25.-

(Ausland Fr./DM 28.-)

Einzelnummer Fr. 2.- (Ausland Fr./DM 2.50)



«Er sagt schon, was er denkt, aber er traut sich noch nicht, es zu hören.» («Szpilki», 2. 8. 1981)